

Duscha, Vicki

Article — Published Version

Keine gemeinsame Klimaschutz-Vision

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Duscha, Vicki (2008) : Keine gemeinsame Klimaschutz-Vision, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Springer, Heidelberg, Vol. 88, Iss. 12, pp. 764-, <https://doi.org/10.1007/s10273-008-0870-y>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/42935>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Weitreichende Beschlüsse waren von der UN-Klimakonferenz in Poznan in diesem Jahr nicht zu erwarten. Das Treffen sollte eine „Brücke von Bali nach Kopenhagen“ schlagen. Vor einem Jahr war auf der Klimakonferenz in Bali eine Erklärung verabschiedet worden, die den zeitlichen und inhaltlichen Rahmen für die aktuellen Verhandlungen zu einem internationalen Klimaschutzabkommen setzt. Das Abkommen soll auf der Klimakonferenz 2009 in Kopenhagen verabschiedet werden und das Kyoto-Protokoll, das bindende Treibhausgasziele für Industriestaaten bis 2012 setzt, ablösen.

Der Bali Action Plan fordert verstärkte nationale und internationale Emissionsminderungsanstrengungen sowohl auf Seiten der Industriestaaten als auch auf Seiten der Entwicklungsländer. Damit setzte die Erklärung ein Zeichen, dass Klimaschutz nicht allein in der Verantwortung der Industriestaaten liegt, sondern dass auch Entwicklungs- und Schwellenländer im Rahmen ihrer Möglichkeiten einen Beitrag leisten müssen. Zwölf Tage lang haben Delegierte aus aller Welt in zahlreichen Arbeitsgruppen, Workshops und auf informellen Treffen versucht, diese Forderungen zu konkretisieren. Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand die Suche nach einer gemeinsamen Vision für den Klimaschutz.

Am Ende des Treffens muss mit Ernüchterung festgestellt werden, dass das einzige greifbare Ergebnis in dem Beschluss besteht, Entwicklungsländern zukünftig erleichterten Zugang zum Anpassungsfonds zu gewähren. Der Fonds stellt Geld für besonders vom Klimawandel betroffene Länder bereit, um ihnen bei der Anpassung zu helfen. Anpassungsmaßnahmen an die veränderten Umweltbedingungen und ihre Kostenübernahme sind wichtige Punkte und spiegeln die Verantwortung der Industriestaaten wider. Denn es sind gerade die ärmsten



Vicki Duscha

Keine gemeinsame Klimaschutz-Vision

Länder der Welt, die von den Folgen des Klimawandels am stärksten betroffen sein werden.

Trotz der Bedeutung von Anpassungsmaßnahmen an die Klimaveränderung darf nicht aus den Augen verloren werden, dass es vor allem gilt den Klimawandel und seine Folgen zu vermindern. Folglich muss das Hauptziel eines internationalen Klimaschutzabkommens die Festlegung auf konkrete Emissionsreduktionsziele sein. Denn: Je schneller und effektiver die globalen Emissionen auf ein vertretbares Niveau gesenkt werden, desto niedriger sind die Kosten, die für notwendige Anpassungsmaßnahmen entstehen.

Nach dem Stillstand in Poznan liegen die Hoffnungen nun auf 2009. Zwei Punkte werden dabei von besonderer Bedeutung für ein Gelingen der Verhandlungen sein. Die Industriestaaten und allen voran die USA werden ein deutliches Signal für den Klimaschutz setzen müssen. Der Weltklimarat fordert einen Rückgang der Emissionen in den Industrieländern um 25-40% gegenüber dem Niveau von 1990 bis 2020, um den Temperaturanstieg auf unter 2°C zu begrenzen. Die EU hat im Rahmen eines internationalen Abkommens eine Minderung um 30% gegenüber 1990 angekündigt, der designierte US-

Präsident Obama will die nationalen Emissionen bis 2020 auf das Niveau von 1990 senken. Bei den nun kommenden Verhandlungen werden die Industriestaaten zeigen müssen, wie ernst es ihnen mit diesen Ankündigungen und mit dem Erreichen des 2°C-Zieles ist.

Der zweite wichtige Punkt ist die Rolle von China. Als weltweit größter Emittent von Treibhausgasen kommt ein effektives zukünftiges Klimaschutzabkommen nicht an einer Einbeziehung Chinas vorbei. In Poznan haben sich die Vertreter Chinas noch hinter ihren Forderungen an die Industriestaaten verstecken können. Wenn im Jahr 2009 jedoch die Verhandlungen über konkrete Emissionsminderungsziele beginnen und Vorschläge auf dem Tisch liegen, werden auch sie sich Fragen nach einem eigenen Beitrag zum Klimaschutz stellen müssen.

Am Ende von Poznan bleibt die Erkenntnis, dass aus Sicht vieler Politiker insbesondere in Industriestaaten Klimaschutz noch immer ein Luxus ist. In Zeiten der Finanzkrise – das hat der Beschluss des Europäischen Rats zum Energie- und Klimapaket gezeigt – ist es politisch schwieriger, ambitionierte langfristige Emissionsziele gegenüber kurzfristigen Interessen der heimischen Wirtschaft durchzusetzen. Wenn es langfristig gelingen soll, den Klimawandel aufzuhalten, dann muss an genau dieser Stelle ein Umdenken stattfinden. Dann darf Klimaschutz nicht als ein Luxus aufgefasst werden, er muss zur Notwendigkeit werden. Das Beste daran: Die Kosten für den Klimaschutz werden deutlich unter den Schadenskosten durch einen ungebremsten Klimawandel liegen. Da ist sich die Wissenschaft einig.

Vicki Duscha
Fraunhofer-Institut für System- und
Innovationsforschung (ISI)
vicki.duscha@isi.fraunhofer.de